

B e r a t u n g s f o l g e:

1. Sozialausschuss 12.10.2017 Kenntnisnahme Ö

Diana E. Raedler / 18.09.2017

---

**gez. Dezernent / Datum**

### **Kreistransfer - Ergebnisse der Situationsanalyse des KVJS**

#### **Darstellung des Vorgangs:**

Der Verbandsausschuss des Kommunalverbands für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) hatte bereits 2014 beschlossen, eine landesweite Situationsanalyse in Trägerschaft des KVJS durchzuführen. Die Anregung dazu kam von der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg (LAGÖFW). Eine Grundlage dafür wurde mit dem „Gültstein-Prozess“ und dem daraus resultierenden „Impulspapier Inklusion“ geschaffen.

Mit dem nun vorliegenden Abschlussbericht zur Situationsanalyse zum Stand der Sozial- und Teilhabeplanung stellt der KVJS landesweite Strukturdaten im Bereich der Behindertenhilfe und der Sozialpsychiatrie bereit. Die Situationsanalyse zeigt differenziert auf, für wie viele Leistungsempfänger die Stadt- und Landkreise Leistungen der Eingliederungshilfe gewähren und wie viele Menschen unterstützt werden. Damit entsteht zum ersten Mal ein Gesamtüberblick für Baden-Württemberg zu einem einheitlichen Stichtag.

Den Bericht ist unter

<https://www.kvjs.de/soziales/sozialplanungsteilhabeplaene/situationsanalyse/>

abrufbar.

a) Ziele der Situationsanalyse:

- Landesweiter Überblick zu den Angeboten zu einem Stichtag als Basis für kommunale Planungsprozesse;
- Aufzeigen der Angebotsseite und der vorhandenen Strukturen;
- Erstmalige Erhebung von „Neufällen“;

b) Rücklauf im Rahmen der Erhebung

- Leistungsträger-Perspektive: alle 44 Kreise haben sich an der Datenerhebung beteiligt;
- Standort-Perspektive: breite Beteiligung der Leistungserbringer (98,9 % der Einrichtungen in Baden-Württemberg);

Das neue Bundesteilhabegesetz (BTHG) soll die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen verbessern. Die Situationsanalyse bietet dafür eine Entscheidungsgrundlage, etwa

im Hinblick auf die Dezentralisierung von Wohnangeboten oder die Anpassung von Strukturen der Behindertenhilfe und der Sozialpsychiatrie.

Es wurden keine Handlungsempfehlungen formuliert.

Anlage 1 zu 0148/2017